

Sozialpolitik im Reichshaushaltsausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute in fortgesetzter Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern zunächst mit einer sozialdemokratischen Entschließung, wonach schleunigst neue, für das ganze Reich wichtige Arbeiterschutzvorschriften, namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwertindustrie, die besonders gefährlich sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. (Allgemeine Nachtstundenschicht, bessere Unfallverhütung, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Neuanstellungen); weiter sollen die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts erheblich vermehrt und die Fertigstellung statistischer Feststellungen über die Frauenarbeit usw. beschleunigt werden.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, wenn in gewissem Sinne mit der menschlichen Kraft Raubbau getrieben werden müsse, wenn Frauen in Bergwerken unter Tage beschäftigt werden und noch stärker herangezogen werden sollen, so muß man auch an Schutz denken. Viele Unglücksfälle sind auf den Mangel an Schutzvorschriften zurückzuführen. Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes hat sich durch die Einrichtung des Kriegsammtes verschoben, die Zivilbehörden sind durch die Militärbehörden zurückgedrängt, das war nicht die Absicht des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Nach einem Rundschreiben des Reichskanzlers darf nur in Ausnahmefällen ein Nachlaß der Schutzvorschriften eintreten; die nachgeordneten Behörden und die Entwicklung der Verhältnisse haben die Ausnahme zur Regel werden lassen. Die achtstündige Schicht ließe sich viel allgemeiner durchführen. Eine genaue Statistik ist unentbehrlich, sie kann auf Grund der letzten Volkszählung hergestellt werden.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärt, daß diese Dinge genau verfolgt werden und alles geschehe, was geschehen könne. Für gesetzgeberische Maßnahmen sei jetzt nicht die Zeit. Eine allgemeine Befreiung von den Schutzbestimmungen besteht nicht. Die Regelung liegt bei den Bundesstaaten. Der Erlass des Reichskanzlers gibt ausreichende Normen. Die achtstündige Schicht läßt sich vielfach nicht durchführen, zumal wo Frauen mit Männern zusammenarbeiten. In diesen Fällen haben sich die Behörden sorgfältig um den Schutz zu kümmern. Auch die Nacharbeit läßt sich nicht immer vermeiden. Wir gehen lange nicht soweit, wie z. B. England. Natürlich soll vermieden werden, Frauen unter Tage zu beschäftigen. Die Unfallvorschriften gelten unverändert fort. Für die eingezogenen Gewerbeinspektoren ist Erlass geschaffen worden, auch Frauen sind dazu herangezogen. Das Statistische Amt ist überlastet, neue Kräfte lassen sich nicht einstellen. Die Erfahrungen des Krieges werden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können; in dieser Hinsicht wird nichts verkümmert. Bei Beschwerden kann es sich nur um Ausnahmen handeln.

Der Vertreter der Deutschen Fraktion erklärt, die deutsche Sozialpolitik sei allen anderen voran. Jetzt könne man den Antrag nicht annehmen, es gelte anderes zu tun. — Ein Fortschrittler weist darauf hin, daß ausländische Zeitungen übertriebene Darstellungen über die Unglücksfälle bringen, denen man in Deutschland nicht entgegenrete. Es fehle vielfach an der Durchführung der Unfallvorschriften. Die Munitionsindustrie sei in vielen Zweigen nicht besonders gesundheitsgefährlich. Wo es geht, solle man die Nachtstundenschicht einführen. Die Nacharbeit für Frauen läßt sich nicht entbehren. Man könnte die Entschließung dem Reichskanzler als Material überweisen. — Ein Sozialdemokrat tritt den Einwendungen entgegen. Die Fabrikinspektion müsse von unabhängigen Personen ausgeübt werden. Ueber die bestehenden Verhältnisse müßten konkrete Angaben gemacht werden. — Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangt Wiederherstellung des Arbeiterschutzes, völliges Verbot der Frauen-nacharbeit und daß in dichtbevölkerten Stadtteilen Munitions-

fabriken nicht angelegt werden. — Ein Konservativer betont, die Verheimlichung unvermeidbarer Unfälle fördere nur übertriebene Gerüchte. Im Kriege müssen aber dessen Anforderungen erfüllt werden; die Enttarnung gehe zu weit. — Derselben Meinung ist ein Rationalist.